



Der Preis des Euro

Die sozialen Folgen des Beitritts zur Eurozone
für die neuen Mitgliedstaaten

Zusammenfassung

Béla Galgóczi

Der Preis des Euro

Die sozialen Folgen des Beitritts zur Eurozone für die neuen Mitgliedstaaten

Zusammenfassung

Béla Galgóczi

Europäisches Gewerkschaftsinstitut für Forschung, Bildung
und Arbeits- und Gesundheitsschutz
(ETUI-REHS)
Das nationale Institut für Arbeitsleben
und die schwedischen Gewerkschaften in Kooperation
(SALTSA)

Diese Zusammenfassung der englischsprachigen Publikation *What price the euro? The social impact of euro-zone accession for the new member states* wurde in deutscher, englischer, französischer, polnischer, slowakischer, tschechischer und ungarischer Sprache veröffentlicht. Sie kann von der Webseite des ETUI-REHS kostenlos heruntergeladen werden.

Das Manuskript wurde im April 2006 abgeschlossen.

Übersetzung aus dem Englischen durch Birgit Kaut.

Brüssel 2006

© Herausgeber: ETUI-REHS, Brüssel

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Druckerei des ETUI-REHS, Brüssel

D/2006/10574/29

ISBN: 2-87452-045-4 (Druckversion)

ISBN: 2-87452-062-4 (elektronische Fassung)

Umschlagillustration: Harald Leth – „Landschaft. Fuglsø. Mols“, 1963, Privatsammlung.

Das ETUI-REHS erhält finanzielle Förderung der Europäischen Kommission.

Inhalt

Einleitung	1
1 Makroökonomischer Rahmen in den neuen Mitgliedstaaten	6
1.1 Wirtschaftliche Dynamik und Transformation	6
1.2 Der Balassa-Samuelson-Effekt	13
1.3 Konsequenzen: Strengere SWP-Kriterien für MOEL als für aktuelle WWU-Mitglieder	14
2 Herausforderungen und Investitionsbedarf im Sozialbereich	15
3 Unterschiedliche Ansätze in der Währungspolitik	19
3.1 Die Theorie des ‘optimalen Währungsraums’	19
3.2 Wechselkurssysteme in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten	20
4 Vorteile und Risiken des Beitritts zur Eurozone	23
4.1 Der “etablierte” Ansatz	23
4.2 Ein kritischer Ansatz	24
4.3 Mangelnder sozialer Dialog	27
4.4 Länderspezifische Merkmale	28
Bibliographie	32



Einleitung

Diese Zusammenfassung des Buchs *What price the euro – The social impact of eurozone accession for the new member states* erfüllt zweierlei Zwecke: Zum einen soll sie die in der vollständigen Fassung enthaltenen Informationen knapp und präzise darstellen und eine Übersicht und Analyse für diejenigen liefern, die statt ausführlicher Auskünfte über die einzelnen Länder allgemeine Einblicke in die Entwicklungen und in die wichtigsten Schlussfolgerungen des Buchs gewinnen möchten. Zum anderen wird diese Zusammenfassung in sechs Sprachen (einschließlich 4 mittel- und osteuropäische Sprachen) übersetzt, um die Ergebnisse dieses Projekts einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Der Publikation liegt ein Forschungsprojekt zugrunde, das gemeinsam von dem schwedischen SALTSA-Netzwerk und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut für Forschung, Bildung und Arbeits- und Gesundheitsschutz (ETUI-REHS) durchgeführt wurde.

Die Idee eines Projekts über die Auswirkungen des Beitritts zur Eurozone auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten ging aus einer Reihe von Forschungsvorhaben zum Europäischen Beschäftigungspakt hervor. Im Rahmen früherer EGI-Studien wurden die Prozesse von Cardiff, Köln und Luxemburg untersucht, und in diesem Zusammenhang wurde unter anderem die Frage der Interdependenz von makroökonomischen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen behandelt. Eine dieser Publikationen befasste sich mit der Bedeutung der Europäischen Beschäftigungsstrategie für die neuen Mitgliedstaaten. Somit drängte sich die Frage auf, wie sich der Prozess der Vorbereitung auf den Euro und die damit verbundene Erfüllung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf die allgemeinen Entwicklungsperspektiven und insbesondere auf die Arbeitsmärkte auswirken. Schon jetzt ist deutlich, dass die mittelfristigen makroökonomischen Politiken der neuen Mitgliedstaaten durch den Zeitplan ihres Beitritts zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bestimmt werden, und dass dies weit reichende Folgen für ihre gesamte Wirtschaft und Gesellschaft hat. Eines der grundlegenden Ziele des Europäischen Beschäftigungspaktes besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen makroökonomischer Politik und nachhaltigem Beschäftigungswachstum zu erreichen, und das zentrale Ziel der Lissabon-Strategie ist es, 'mehr und bessere Arbeitsplätze' zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu untersuchen, wie sich diese Ziele in den neuen Mitgliedstaaten im Kontext ihres Beitritts zur Eurozone manifestieren.

Unser Ziel bestand darin, für jedes Land einen Überblick darüber zu geben, wie die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro konzipiert wurden und wie sie in den öffentlichen Debatten und

im sozialen Dialog auf einzelstaatlicher Ebene in Erscheinung treten. Außerdem haben wir die möglichen Auswirkungen des Beitritts zur Eurozone in den Bereichen reale Konvergenz, Sozialschutz und Beschäftigungswachstum untersucht.

Die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) sind allseits bekannt und gut dokumentiert (Gros et al. 2004; EZB 1999). Dennoch ist es nützlich, hier an seine wesentlichen Merkmale und Grundprinzipien zu erinnern.

Die Eurozone ist insofern einzigartig, als die Geldpolitik in den Händen der Europäischen Zentralbank (EZB) zentralisiert ist, während die einzelnen Mitgliedstaaten für die Fiskalpolitik zuständig bleiben. Um die Aufgabe der EZB im Bereich der Preisstabilisierung und der Verhinderung von „free-riding“ zu unterstützen, wurde daher anerkannt, dass die Fiskalpolitik einer Reihe von Regeln unterworfen werden muss, um die Disziplin der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Diese Regeln gliedern sich in zwei Pfeiler: Erstens darf das gesamtstaatliche Defizit höchstens 3 % des BIP betragen (eine Überschreitung ist nur unter außergewöhnlichen Bedingungen möglich), die gesamtstaatliche Verschuldung höchstens 60 % des BIP (bei Überschreitung dieser Obergrenze muss der Schuldenstand verringert werden). Wie wurden diese Referenzwerte festgelegt? Hierzu wurde die These vertreten (Thygesen, 2002), dass diese 60 % der durchschnittlichen Verschuldungsquote der EU-Mitgliedstaaten im Jahr 1990 entsprachen und dass die Länder sich 60 % nähern würden, wenn sie ihre Verschuldung auf 3 % des BIP halten – in der Annahme, dass das nominale BIP ein reales Wachstum von ca. 5 % (das in jener Zeit als Potenzialwachstum der EU zugrunde gelegt wurde) plus 2 % Inflation (entsprechend dem Inflationsziel der EZB) verzeichnet (Orban und Szapáry 2004; eigene Übersetzung).

In den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten erfolgt die Einführung des Euro in einem ganz besonderen Kontext. Da es sich bei diesen Ländern um Übergangswirtschaften handelt, die in einem dynamischen Wandel begriffen sind, sind ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich anders als in den etablierten Marktwirtschaften der Eurozone. Zuerst stellt sich die Frage der Dringlichkeit, diesen Ländern, die sich derart von den Kernländern der Eurozone unterscheiden und sich in einer anderen Entwicklungsphase befinden, die „Zwangsjacke“ des Euro anzulegen.

Bei einer Untersuchung der jüngsten Debatten über den Beitritt zur Eurozone muss man sich darüber wundern, in welchem Maße diese Frage auf den meisten politischen Entscheidungsebenen vereinfacht und aus rein technischer Sicht angegangen wird. Es wird ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass sich ein schneller Beitritt zur Eurozone positiv auf die Entwicklung all dieser Länder auswirkt.

Horst Köhler (damals noch Leiter des IWF) erklärte in seiner programmatischen Rede bei einer internationalen Konferenz Folgendes:

Der Beitritt zum gemeinsamen Währungsraum wird der wirtschaftlichen Entwicklung [in den mittel- und osteuropäischen Ländern – *BG*] einen weiteren Schub verleihen, denn er wird durch die Verringerung der Transaktionskosten und die Beseitigung von Marktrisiken zu einer Steigerung des Handels- und Finanzverkehrs führen. Dennoch darf jetzt nicht nachgelassen werden. Die Vorteile, die mit der Einführung des Euro verbunden sind, ergeben sich nicht automatisch (eigene Übersetzung).

Manche externe Beobachter fügen dem hinzu, dass bestimmte Schwierigkeiten und Opfer im Zusammenhang mit der Erfüllung der Kriterien von Maastricht zu erwarten sind, aber dass sie durch die Einführung des Euro kompensiert werden. Es wird davon ausgegangen, dass sie zu geringeren Risiken und mehr Handel und Investitionen führen und dass ein Überschusswachstum generiert wird (European Policy Centre 2004; IWF 2004).

Bei dieser Perspektive stellt sich nur die Frage, wie es den Regierungen gelingen wird, ihren Bürgern den sauren Apfel der fiskalischen und monetären Anpassungen zu versüßen. Einem Bericht der Weltbank (Weltbank 2004) zufolge werden die Visegrad-Länder (insbesondere die Tschechische Republik, Ungarn und Polen) länger brauchen, um das Haushaltsdefizit – und in einigen Fällen die Inflation (Ungarn und die slowakische Republik) – unter Kontrolle zu bringen, und werden den Euro frühestens 2008-10 einführen können. Weiter wird in dem Bericht erklärt, dass die geringe Unterstützung für die Regierung in der Bevölkerung und die politische Instabilität in einigen Ländern wirtschaftspolitische Entscheidungen und die Durchführung von Reformen erschweren. Zsigmond Járαι, Präsident der ungarischen Nationalbank, hat in einem Interview erklärt, dass die Einführung des Euro eine Frage der Macht sei: für die Unternehmen bringt sie Vorteile, für die Politiker ist sie mit Kosten verbunden, da das Haushaltsdefizit verringert werden muss (Napi 2004).

Bereits der Titel der Regierungspläne zum Zeitplan des Beitritts zur Eurozone ist vielsagend. Die so genannten ‘Konvergenzpläne’, häufig mit der Ergänzung ‘Erfüllung der Konvergenzkriterien’, erwecken den Eindruck, dass die fiskalische und monetäre Konvergenz im Hinblick auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien einen festen Bestandteil des übergeordneten Ziels bilden, nämlich die wirtschaftliche und soziale Konvergenz mit den Kernländern Europas (die als ‘reale Konvergenz’ bezeichnet wird) zu erreichen. Hinzu kommt der besondere politische Kontext, in den sich die nationalen Ansätze einfügen. Nach dem langen Prozess des EU-Beitritts, dessen abschließende Phase darin bestand, der

EU im 'Eiltempo' mit allen dazu gehörenden technischen Aspekten der Umsetzung des *acquis* beizutreten, sind die neuen Mitgliedstaaten nun im Begriff, mit dem gleichen Tempo der Eurozone beizutreten. Und das gleiche Muster wie damals, als die Länder die Erfüllung der Beitrittskriterien von Kopenhagen als Wettlauf betrachteten und die Leistungen der anderen genau beobachteten, zeichnet sich jetzt bei dem Beitritt zur Eurozone ab.

Peter Papánek, Sprecher des slowakischen Finanzministeriums, hat sich hierzu folgendermaßen geäußert: 'Wir haben eine realistische Chance, die Kriterien von Maastricht rechtzeitig zu erfüllen. Für eine kleine und offene Wirtschaft wie die Slowakei ist es von großem Interesse, sobald wie möglich zu den entwickelten Wirtschaften zu gehören', und fügte hinzu: 'Dennoch wird die Slowakei nicht der Spitzenreiter sein, Estland, Litauen und Slowenien werden dies schneller zuwege bringen.' (*Népszabadság* 2005).

Es scheint, dass der Beitritt zur WWU in einem Kontext vollzogen wird, bei dem es eher darum geht, etwas zu 'bewältigen' und zu 'erfüllen', als bewusste politische Entscheidungen zu treffen, die auf einer Abwägung des Für und Wider des Prozesses im Hinblick auf die nationalen Entwicklungsprioritäten beruhen, und die mit den Sozialpartnern erörtert wurden.

In keinem der betroffenen Länder wurde eine Bewertung vorgenommen, um die Auswirkungen der Einführung des Euro auf die reale Konvergenz, das Sozialwesen und die Beschäftigung zu messen, noch wurde dieses Thema im Rahmen von Publikationen oder Debatten behandelt.

Bei einer Untersuchung der Situation der einzelnen Länder ist zu bedenken, dass die neuen Mitgliedstaaten unter dem Gesichtspunkt der möglichen Vor- und Nachteile des WWU-Beitritts und seines Zeitpunktes nicht als homogene Gruppe behandelt werden können.

Ein grundlegender Unterschied zwischen den Ländern ergibt sich aus ihrem System der Währungsregelung. Für die baltischen Staaten mit Currency-board-Regelungen (bzw. in Lettland mit Währungskoppelung) dürfte eine lange Übergangszeit bis zur Aufgabe der unabhängigen Währungspolitik kaum substanzielle Vorteile bringen. Für die Länder mit freien Wechselkursen und individueller Währungspolitik hingegen stellt sich die Frage, welche nationalen Charakteristiken und Prioritäten maßgeblich sind, wesentlich komplexer dar.

Auf der anderen Seite haben die MOEL (die mittel- und osteuropäischen Länder) wichtige gemeinsame Merkmale, die sie von den aktuellen Mitgliedern der Eurozone unterscheiden.

In diesem Zusammenhang ist auf folgende drei Aspekte hinzuweisen:

1. Die MOEL haben ein anderes makroökonomisches Profil, das sich durch ein deutlich geringeres BIP, mehr Dynamik (z.B. nominale Wachstumsraten von beinahe 10 % und ein hohes, aber ungleichmäßiges Produktivitätswachstum) und einen laufenden Transformations- und Konvergenzprozess (Aufholprozess) auszeichnet.
2. Sie haben höhere soziale Risiken in der Form eines 'Sozialdefizits', das sich während des Transformationsprozesses akkumuliert hat und mit starken Spannungen auf dem Arbeitsmarkt (niedrige Beschäftigungs- und/oder hohe Arbeitslosenquoten), mit zunehmender Armut und Ungleichheiten einhergeht. Diesen Problemen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, vor allem wenn man das europäische Sozialmodell als Bezugspunkt nimmt.
3. Sie verzeichnen einen wirtschaftlichen Rückstand und haben somit einen höheren Investitionsbedarf. Diese Länder brauchen dringend öffentliche Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheitswesen, Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutz, um die Konvergenz mit ihren weiter entwickelten EU-Partnern auf den Weg zu bringen und ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Übernahme des *acquis communautaire* nachzukommen.

Auf dieser Grundlage stellen wir folgende These auf:

1. Da die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten ein anderes makroökonomisches Profil haben und sich in einem Transformationsprozess befinden, sind die SWP-Kriterien in ihrer gegenwärtigen Form für diese Länder nicht geeignet.
2. Auf der anderen Seite benötigen sie angesichts ihrer besonderen Merkmale nach dem Übergang und aufgrund höherer sozialer Risiken und ihres wirtschaftlichen Rückstands mehr öffentliche Investitionen, höhere Ausgaben für das Sozialwesen und mehr Beschäftigungswachstum. Daher werden inadäquate monetäre und fiskalische Kriterien zu unnötigen Beschränkungen führen und somit ihre Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen. Außerdem steht dies im Konflikt mit den Zielen der Lissabon-Strategie und den Prinzipien des europäischen Sozialmodells.

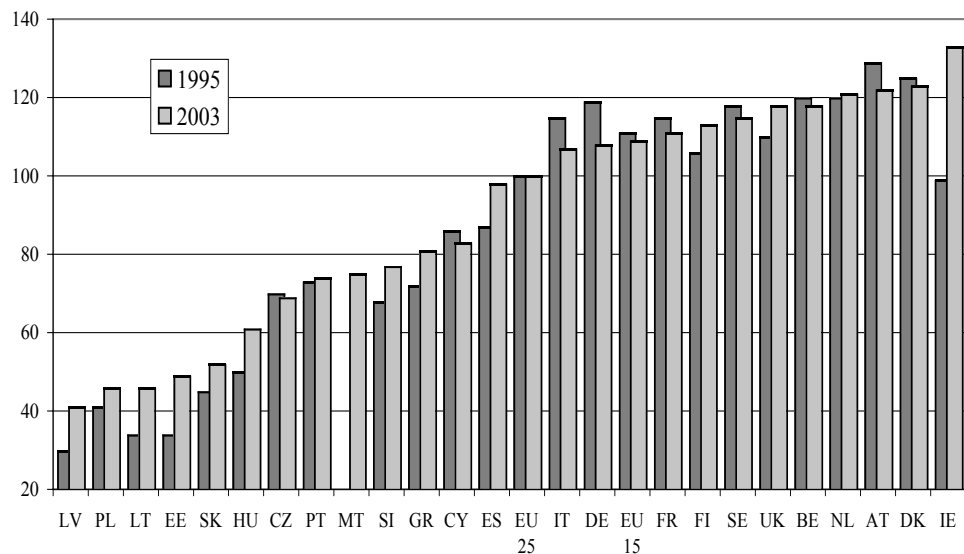
1 Makroökonomischer Rahmen in den neuen Mitgliedstaaten

Die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten haben wichtige gemeinsame Merkmale, die sie von den aktuellen Ländern der Eurozone unterscheiden. In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Unterschiede in Bezug auf die makroökonomische Entwicklung dargestellt.

1.1 Wirtschaftliche Dynamik und Transformation

Die MOEL sind deutlich ärmer als die westeuropäischen Mitgliedstaaten. Ihr Pro-Kopf-BIP beträgt rund 50 % des EU-25-Durchschnitts zu Kaufkraftparitäten (KKP); zu Wechselkursparitäten würde dieser Anteil weniger als ein Viertel betragen.

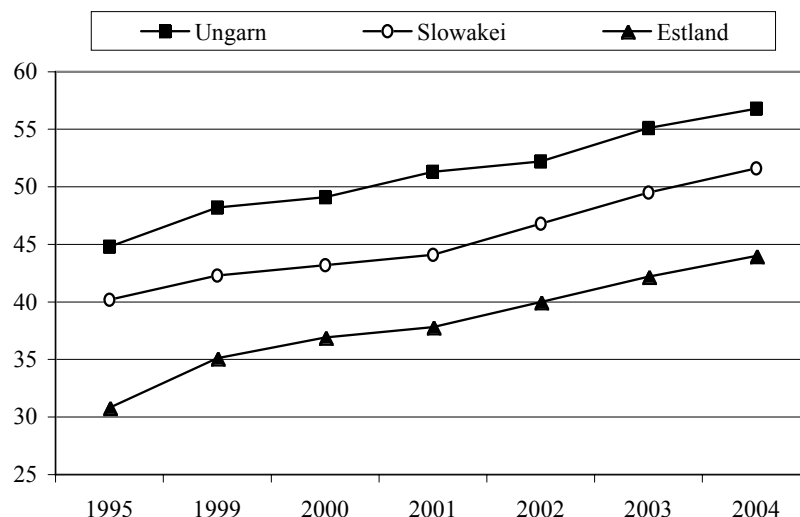
Abb. 1: BIP pro Kopf, 1995-2003 in KKP (EU-25=100)



Quelle: ETUI/ETUC (2005) Benchmarking Working Europe, Brüssel.

Die Länder sind auf dem Weg zur realen Konvergenz – ihrem Hauptziel – bereits gut vorangekommen. Abbildung 2 zeigt dies genauer am Beispiel von drei Ländern. Im Zeitraum 1995-2004 ist das Pro-Kopf-BIP im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt (KKP) deutlich gestiegen: von 30,8% auf 44,0 % in Estland, von 40,2 % auf 51,4 % in der Slowakei und von 44,8% auf 56,8 % in Ungarn.

Abb. 2: BIP pro Kopf, in % des EU-15 Durchschnitts zu KKP, 1995-2004



Quelle: L. Podkaminer et al. (2004), WIIW Research Reports 303.

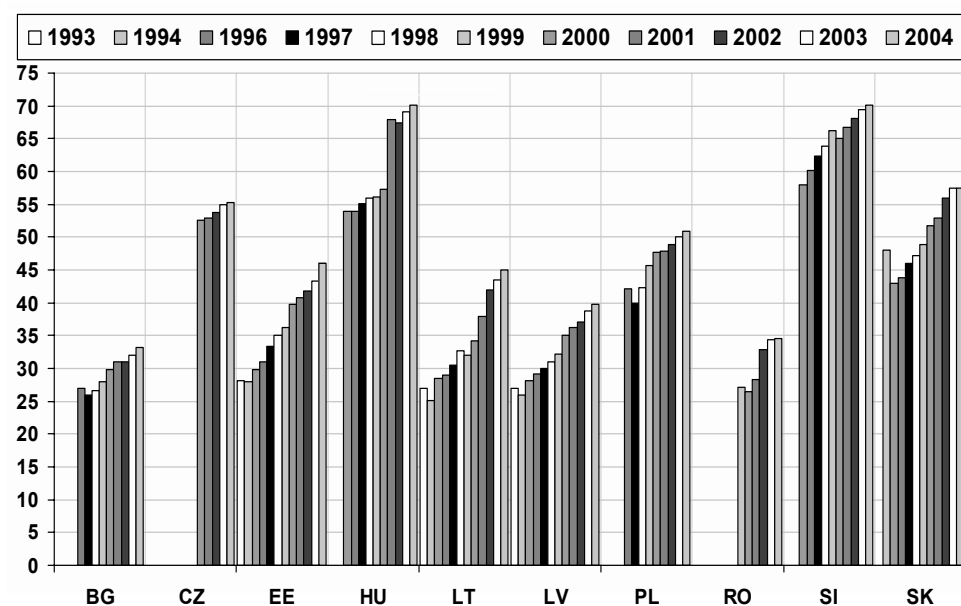
Das zweite wichtige Merkmal dieser Länder liegt in ihrer Dynamik und ihrem "Transformationscharakter". Volkswirtschaften, die sich in einem Transformationsprozess befinden, zeichnen sich durch ein dynamisches Wachstum aus, zu dem auch außergewöhnliche und ungleichmäßige Produktivitätssteigerungen gehören. Außerdem äußert sich der 'Transformationscharakter' dieser Länder darin, dass Verzerrungen (unterschiedliche Preis- und Kostenstrukturen) auftreten, die auf das ehemalige Wirtschaftsmodell zurückzuführen sind sowie auf Disproportionalitäten (im Lohn/Produktivitätsverhältnis), die im Zuge turbulenter Transformationsprozesse entstehen. Die grundlegenden Umstrukturierungsprozesse, die für die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft und den Übergang zu einer Marktwirtschaft notwendig sind, sind in diesen Ländern noch unvollendet. Dies zeigt sich an den großen und ineffizienten Landwirtschaftssektoren in manchen Ländern, aber auch an ungelösten Problemen im Bereich Stahl, Kohle und Bergbau. Diese Faktoren wirken sich auf die künftige Entwicklung aus.

In den neuen Mitgliedstaaten beträgt das reale BIP-Wachstum im Durchschnitt rund 5 %, d.h. doppelt so viel wie in den EU-15-Ländern, und die meisten von ihnen verzeichnen nominale Wachstumsraten von nahezu 10 %.

Die Produktivität ist ebenfalls auf spektakuläre Weise gestiegen und hat sich stetig dem EU-15-Durchschnitt angenähert. Abbildung 3 zeigt die

durchschnittliche Produktivität zu KKP (in Wechselkursen ist dieser Aufholprozess noch spektakulärer, trotz der niedrigeren Werte). Ein weiteres Merkmal von Wirtschaften, die sich in einem Transformations- oder Aufholprozess befinden, besteht darin, dass sich die Produktivität in den verschiedenen Sektoren ungleichmäßig entwickelt. Die Produktivität ist in der Industrie und im handelbaren Sektor im Allgemeinen weit höher als im nicht-handelbaren Sektor. Diese Faktoren werden erhebliche Auswirkungen auf die künftige Entwicklung haben (siehe Abschnitt 2.2).

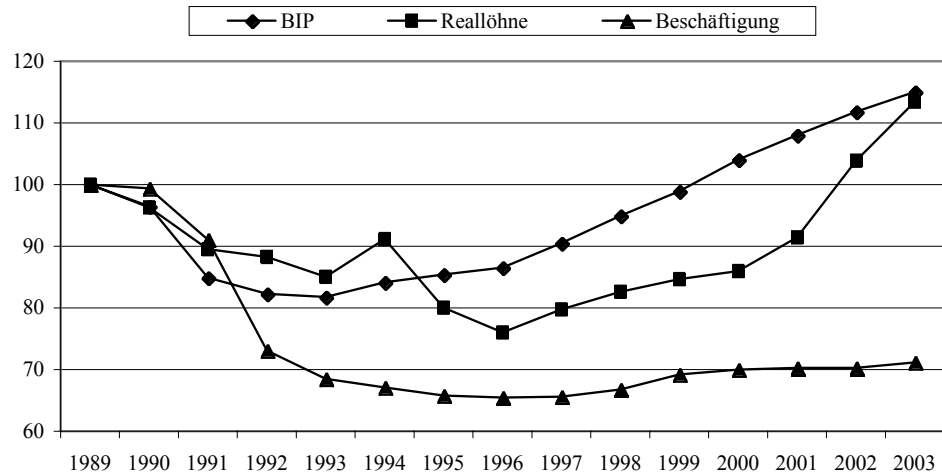
Abb. 3: Arbeitsproduktivität – Produkt je Arbeitnehmer in KKP, in Prozent des EU-15-Durchschnitts



Quelle: Eurostat-Daten (aus dem Kapitel über Estland).

Der 'Transformationscharakter' dieser Länder tritt auch in anderen Formen in Erscheinung. Bei einer Betrachtung einiger typischer Merkmale ihrer Entwicklung in den letzten zehn Jahren lassen sich turbulente Prozesse beobachten, die hier am Beispiel von Ungarn veranschaulicht werden sollen. Abbildung 4 zeigt kein ausgewogenes Entwicklungsmuster. Besonders auffallend ist der Unterschied zwischen BIP-Wachstum und Beschäftigungsentwicklung (dieses so genannte 'Wachstum ohne Arbeitsplätze' ist allen MOEL gemeinsam). Die Lohnentwicklung hat nicht mit der Produktivität Schritt gehalten, was kürzlich zu Korrekturen geführt hat. Wahrscheinlich werden sich aus diesen Unausgewogenheiten in Zukunft weitere Korrekturen ergeben, die eine gewisse makroökonomische Flexibilität erfordern.

Abb. 4: Ungarn: BIP, Reallöhne und Beschäftigung, 1989-2003 (1989=100)



Quelle: ETUI-ETUC (2005), Benchmarking Working Europe, Brüssel.

Aber auch bei den Preis- und Kostenstrukturen sind Unterschiede zwischen den neuen Mitgliedstaaten und den EU-15-Ländern festzustellen, die sich in einer tiefen Kluft zwischen Wechselkurs- und Kaufkraftparitäten äußern.

Tabelle 1: Relative Preise der Konsumausgaben privater Haushalte einschließlich MwSt. 2002

EU-25	96
EU-15	100
Eurozone	97
Tschechische Republik	53
Estland	56
Zypern	83
Litauen	51
Lettland	50
Ungarn	55
Malta	72
Polen	57
Portugal	74
Slowakei	44
Slowenien	73

Quelle: Eurostat (Kapitel über die Tschechische Republik).

Weiterhin ist es wichtig zu sehen, dass Löhne und Produktivität weit unter dem EU-15-Niveau liegen.

Aus Tabelle 2 geht deutlich hervor, dass das Lohngefälle zwischen den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten und den EU-15-Ländern (hier durch Österreich vertreten) wesentlich größer ist als der Produktivitätsunterschied. Dies deutet darauf hin, dass die Löhne nicht nur absolut gesehen niedriger sind, sondern auch hinter der wirtschaftlichen Leistung (dem Produktivitätsniveau) zurückbleiben. In manchen Ländern wie Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik besteht ein großes Gefälle zwischen Lohn- und Produktivitätsniveau.

Tabelle 2: Arbeitsproduktivität und Löhne in MOEL-8 im Vergleich zu Österreich (2003)

	Arbeits- productivität (BIP pro Arbeitnehmer, KKP)	Löhne (KKP)
Tschech. Rep.	64	43
Ungarn	65	42
Polen	51	44
Slowakei	56	31
Slowenien	73	61
Estland	45	37
Lettland	42	29
Litauen	46	29
Österreich	100	100

Anmerkung: Österreich = 100.

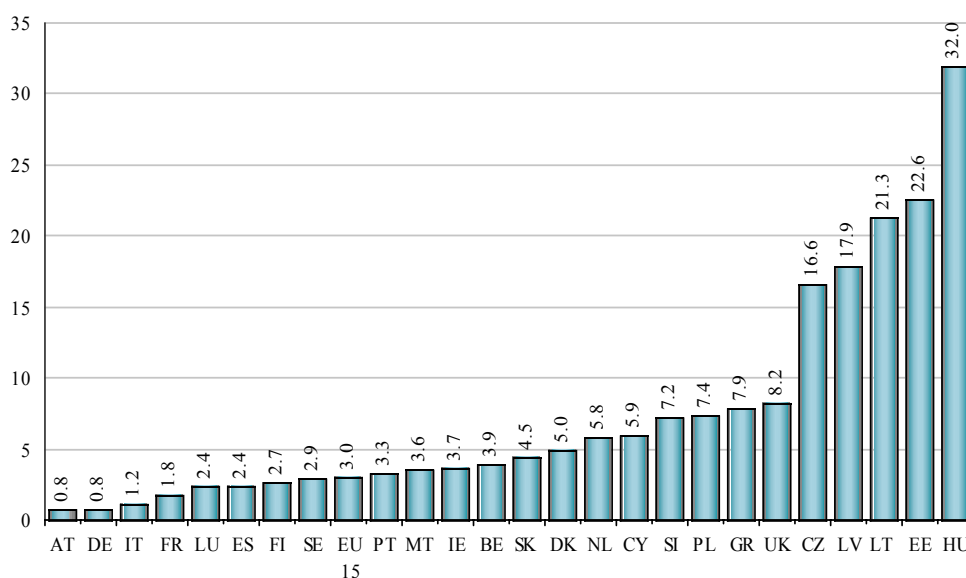
Quelle: Podkaminer et al. (2004), auf der Grundlage des tschechischen Berichts.

All dies ist im Kontext der dynamischen Lohnerhöhungen der letzten Jahre zu betrachten. Abbildung 5 zeigt, dass die Realloohnerhöhungen in den meisten neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten im Zeitraum 2000–2003 die Lohnentwicklungen in den Ländern der Eurozone weit überschritten haben. In manchen Ländern wie der Tschechischen Republik, den baltischen Staaten und besonders Ungarn wurde kritisiert, dass diese Lohnerhöhungen unhaltbar seien.¹ Sie können jedoch auch als Anpassung

1. Wirtschaftsanalysten, europäische Institutionen und internationale Investoren haben die exzessiven (über die Produktivitätssteigerung hinausgehenden) Lohnerhöhungen kritisiert. Als Argument wurde angeführt, dass dieser Prozess die Wettbewerbsfähigkeit gefährde, zu Inflation führe und somit die wirtschaftliche

gesehen werden, die sich auf vorher akkumulierte Produktivitätsreserven stützt. Wie bereits erwähnt, bleiben die Löhne nach wie vor weit hinter dem Produktivitätsniveau zurück. Der Weg ist noch lang, auch wenn es angesichts der Kriterien von Maastricht fraglich ist, ob es vorerst zu weiteren Korrekturen kommen wird.²

Abb. 5: Reales Lohnwachstum 2001-2003 (2000=100)



Quelle: ETUI/ETUC (2005) Benchmarking Working Europe, Brüssel.

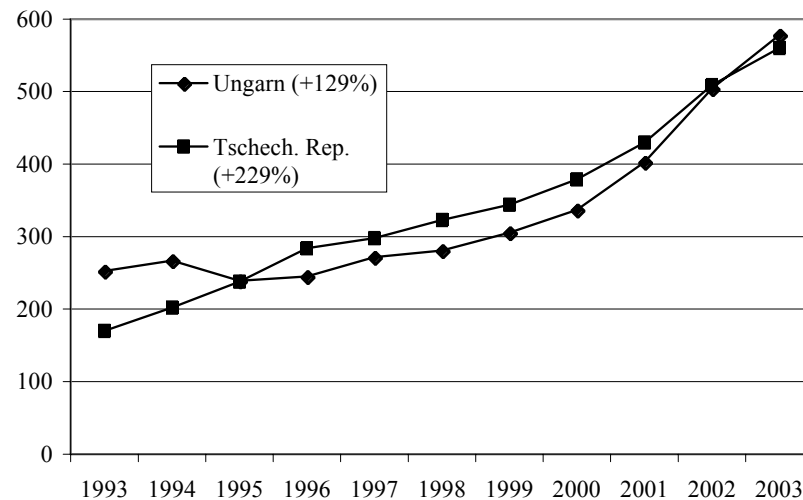
Abbildung 6 zeigt am Beispiel der Tschechischen Republik und Ungarns, in welchem Maß die Löhne (in Euro) im letzten Jahrzehnt gestiegen sind. Hier ist anzumerken, dass die Erhöhung der Reallöhne um 32 %, die in Abbildung 5 für Ungarn im Zeitraum 2000-2003 angegeben ist, in Euro ausgedrückt einer Erhöhung um 60 % entspricht.

Aus Abbildung 6 geht außerdem hervor, wie sich die Aufwertung der MOEL-Währungen gegenüber dem Euro auswirkt. Derartige Anpassungen (d.h. eine Kombination von hohen Realloohnerhöhungen und Aufwertung) werden unter den Bedingungen der SWP-Kriterien auch nicht mehr möglich sein.

Stabilität und monetäre Konvergenz in Gefahr bringe. Auf der anderen Seite waren die Exportgeschäfte davon nicht betroffen.

2. Hauptsächlich deswegen, weil das Inflationsziel durch derartige 'Korrekturen' gefährdet würde.

Abb. 6: Lohndynamik in der Tschechischen Republik und Ungarn in Euro (Durchschnittslöhne)



Quelle: WIIW database 2003, ETUI 2004.

An dieser Stelle ist auf einen weiteren wichtigen Faktor hinzuweisen. Aus dem ungarischen Fall mit seinen 'Lohnkorrekturen' lassen sich lehrreiche Schlüsse ziehen. Dieser Prozess hat zwar keinen Rückgang der Wirtschaftsleistung (vor allem in den Bereichen Export und ausländische Investitionen) verursacht, aber einen Rückschlag auf dem Weg zur monetären und fiskalischen Konvergenz mit dem Ergebnis, dass Ungarn sich im Hinblick auf den Beitritt zur WWU an letzter Stelle befand. Interessanterweise hat dieser Prozess jedoch wichtige qualitative Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur herbeigeführt und dazu beigetragen, dass sich die ausländischen Investitionen im Sinne eines "Upgrade" von arbeitsintensiven Bereichen auf Tätigkeitsbereiche mit einem höheren Mehrwert und weniger arbeitsintensive Bereiche verlagert haben.

Es herrscht weitgehend Einvernehmen darüber, dass das Profil der "Niedriglohnländer" in den MOEL keine Zukunft hat. Sie werden somit die schwierige Aufgabe haben, von diesem Niedriglohn-Profil wegzukommen und gleichzeitig den Beitritt zur WWU und – einmal in der WWU – den "Upgrade"-Prozess nicht zu gefährden.

Die oben stehenden Abbildungen und Tabellen verdeutlichen die turbulenten wirtschaftlichen Prozesse und das Ungleichgewicht, das Volkswirtschaften prägt, die sich in einem Transformations- und Aufholprozess befinden. Unterm Strich bleibt, dass mit weiteren Korrekturen zu rechnen ist, die eine gewisse makroökonomische Flexibilität erfordern.

1.2 Der Balassa-Samuelson-Effekt

Einige der Merkmale von Transformationswirtschaften werden durch den Balassa-Samuelson-Effekt beschrieben.

Der Balassa-Samuelson-Effekt (Balassa 1964; Samuelson 1964) spielt bei der Bestimmung einer geeigneten Wechselkurspolitik für die Beitrittsländer vor dem Beitritt zur WWU eine wichtige Rolle.

In einer sich entwickelnden Wirtschaft, die sich dem Einkommensniveau der wirtschaftlich weiter entwickelten Länder nähert, steigt die Produktivität im Sektor der handelbaren Güter schneller als im Sektor der nicht-handelbaren Güter (Vereinte Nationen 2001, 1). Da die Löhne dazu tendieren, in allen Sektoren mehr oder weniger gleich zu steigen, wird das relativ schnellere Produktivitätswachstum im handelbaren Sektor der Beitrittsländer – bei gleich bleibendem Wechselkurs – zu einer höheren Inflationsrate führen (Buitert und Grafe 2002).

Der Balassa-Samuelson-Effekt beruht somit auf dem Produktivitätswachstumsgefälle, das in einer sich im Aufholprozess befindenden Wirtschaft zu einer realen Aufwertung der Währung führt (Szapári 2004).

Die Ergebnisse einer Simulation zeigen, dass die Effekte je nach Land unterschiedlich ausfallen können (Egert 2002). Demnach würden die Auswirkungen des Produktivitätswachstums auf die Inflationsdifferenz zu Deutschland in der Tschechischen Republik, in der Slowakei und in Slowenien bei 0,9 % bis 1,3 % liegen. In Polen und Ungarn kommt der Balassa-Samuelson-Effekt stärker zum Tragen als in anderen Ländern und beträgt zwischen 2,6 % und 3,5 % in Ungarn und zwischen 1,5 % und ca. 3,3 % in Polen. Doyle et al. schätzen den Balassa-Samuelson-Effekt auf jährlich durchschnittlich 1 % bis 3 % (Doyle et al. 2001, 10).

In den letzten Jahren haben alle Währungen der MOEL eine hohe reale Aufwertung gegenüber dem Euro verzeichnet.

Der Balassa-Samuelson-Effekt ergibt, dass die Inflationsrate bei festem Wechselkurs durchschnittlich 1 % bis 3 % über dem EU-Durchschnitt liegt. Anders ausgedrückt ist die Gleichgewichtsinflationsrate in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten zwischen 1 und 3 Prozentpunkten höher als in den EU-15-Ländern (de Grauwe 2004).

György Surányi, ehemaliger Präsident der ungarischen Nationalbank, hat die widersprüchlichen Auswirkungen der SWP-Kriterien in einer neueren Publikation folgendermaßen beschrieben: ‘Angesichts der höheren potenziellen Wachstumsraten in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten steigt auch die Produktivität rascher an, und dadurch werden ihre Währungen real aufgewertet werden. Unter diesen Umständen ist

es unmöglich, die Kriterien der Wechselkursstabilität und zugleich die Inflationskriterien zu erfüllen' (Surányi 2005).

1.3 Konsequenzen: Strengere SWP-Kriterien für MOEL als für aktuelle WWU-Mitglieder

Als Folge realer Wachstumsraten von 4-5 % und Verbraucherpreisindexen, die 2-4 Prozentpunkte mehr betragen als in der Eurozone, schwanken die nominalen Wachstumsraten der neuen Mitgliedstaaten zwischen 7 und 11%. Wenn man für eine dauerhaft tragbare Finanzlage davon ausgeht, dass die Verschuldungsrate höchstens 60 % des BIP betragen darf, dann darf das Haushaltsdefizit für die mittel- und osteuropäischen Ländern jährlich 4-5% nicht überschreiten. Das nominale Kriterium muss demnach strenger sein, wenn es auf die mittel- und osteuropäischen WWU-Bewerberländer angewandt wird (Surányi 2005).

Die gleichen nominalen Kriterien des SWP erweisen sich bei der Anwendung als strenger und weniger geeignet für die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten als für die derzeitigen Mitglieder der Eurozone. Dies trifft zweifellos auf die Kriterien für Inflation und Fiskalpolitik zu. Es ist auch allgemein bekannt, dass die Staatsverschuldung der meisten MOEL weit unter der 60 %-Grenze liegt.

Es wurde bereits erwähnt, dass es aufgrund des Transformationscharakters und der überkommenen 'Disproportionalitäten' dieser Länder (zum Beispiel der Preis-, Kosten- und Lohnniveaus) Korrekturen und Anpassungen bedarf. Diese können jedoch nicht vorgenommen werden, wenn die Länder in der 'Zwangsjacke' von Maastricht stecken.

Hieraus folgt, dass die Anwendung der SWP-Kriterien in derselben nominalen Weise das Wachstumspotenzial, das Beschäftigungswachstum und die Konvergenz beeinträchtigt.

2 Herausforderungen und Investitionsbedarf im Sozialbereich

Die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten unterscheiden sich auch aufgrund ihrer höheren sozialen Risiken und ihres dringendem Bedarfs an öffentlichen Investitionen (Infrastruktur, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung).

Nachdem sie in den letzten zehn Jahren einen grundlegenden Strukturwandel vollzogen haben, stehen die meisten dieser Transformationswirtschaften nun vor großen sozialen Herausforderungen, die sich je nach Land unterschiedlich gestalten. Selbst die Weltbank hat in einem ihrer jüngsten Berichte vor den sozialen Risiken gewarnt, die mit dem Beitritt zur Eurozone verbunden sind, vor allem im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Armut sowie große und wachsende regionale Unterschiede (Weltbank 2004). Es ist weithin bekannt, dass sich diese Länder – mit Ausnahme von Slowenien und der Tschechischen Republik – durch niedrige Beschäftigungsquoten auszeichnen, zu denen in einigen Ländern eine hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere in Polen und der Slowakei), Armut und sozialer Ausschluss hinzukommen. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben sind in den letzten zehn Jahren gesunken, und die Arbeitsmarktpolitiken stehen unter dem Druck ständiger Haushaltsbeschränkungen. Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler András Inotai beschreibt diese Situation als Umwandlung eines anfänglichen ‘Modernisierungsdefizits’ in ein ‘soziales Defizit’ (Inotai 1999). Seine Analogie bezieht sich auf die Tatsache, dass Kürzungen im Bereich des Sozialschutzes – nach direkten ausländischen Investitionen – die zweite wichtige Finanzierungsquelle für die strukturellen Änderungen und die Modernisierungsprozesse darstellen, die in den letzten zehn Jahren in diesen Ländern vollzogen wurden. Dies hat zu einer zunehmenden Einkommensverlagerung von der Bevölkerung auf die Unternehmen geführt. Dadurch lässt sich auch erklären, warum die Lohnentwicklung in kritischen Phasen der Restrukturierung hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben ist (wie z.B. Mitte der 90er Jahre in Ungarn, und zwischen 2000 und 2003 in der Slowakei).

Was Beschäftigungsfragen und -ziele angeht, die ebenfalls in den Länderberichten dieses Buchs beschrieben werden, ist festzustellen, dass die Nationalen Aktionspläne (NAP) für Beschäftigung der meisten Länder ehrgeizige Ziele im Hinblick auf die Verbesserung der Lage beinhalten und den Schwerpunkt auf Beschäftigungsquoten, Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und gefährdete Gruppen legen.³

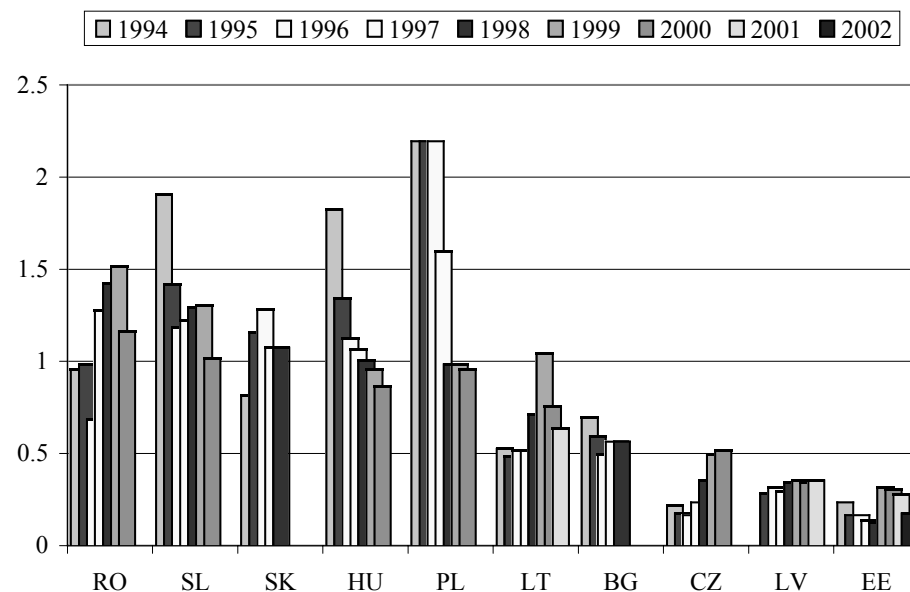
3 Mehr Informationen zu den NAP für Beschäftigung der einzelnen Länder sind in den Länderkapiteln der vollständigen Fassung dieser Publikation zu finden.

Abbildung 7 zeigt sehr geringe, zum Teil auch sinkende Ausgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Dem ist hinzuzufügen, dass die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen einen winzigen – und in den meisten Fällen sinkenden – Anteil der Gesamtausgaben darstellen (für mehr Einzelheiten zu diesem Thema siehe Galgóczi, Lafouciere und Magnusson 2004).

In den NAP für Beschäftigung wurden Bestimmungen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik häufig in den Hintergrund gestellt, da die Haushaltsmittel nicht einmal ausreichen, um die passiven Maßnahmen zu finanzieren.

Hier stellt sich die Frage, wie die ehrgeizigen Ziele der NAP für Beschäftigung der neuen Mitgliedstaaten und ihre monetären und fiskalischen Konvergenzpläne im Hinblick auf die Einführung des Euro zusammenpassen.

Abb. 7: Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik



Quelle: Raul Eamets, Überblicksbericht, nach Eurostat-Daten, 2003.

Keune und Rhodes (Keune und Rhodes 2005) haben die WWU-Kandidatenländer im Hinblick auf zweierlei Aspekte untersucht: (i) 'öffentlicher Ausgabendruck' und (ii) 'soziale Belastung'. Der 'Sozialrisiko-Index' setzt sich hier aus drei Faktoren zusammen: Arbeitslosigkeit, Armutrisiko und Altenquotient. Anhand der Kombination dieser drei Faktoren haben die Autoren unterschiedlich hohe soziale Risiken für die WWU-Kandidatenländer ermittelt und die sozialen

Herausforderungen, die diese Länder im Hinblick auf die Einführung des Euro bewältigen müssen, bewertet.

Slowenien schneidet in der Gruppe der MOEL am besten ab, mit geringer sozialer Belastung, hohen Sozialausgaben und einer relativ geringen Verschuldung.

Die Tschechische Republik weist eine geringe bis mäßige Verschuldung und hohe Defizite sowie geringe Sozialausgaben, hohe Beschäftigungsquoten und eine geringe soziale Belastung auf.

Für die beiden letztgenannten Länder dürften sich im Hinblick auf die Einführung des Euro keine schwerwiegenden Probleme im Sozialbereich ergeben.

In den baltischen Staaten sind mittlere Beschäftigungsquoten, geringe Defizite und Sozialausgaben, aber eine hohe soziale Belastung zu beobachten. Sie brauchen zwar nicht zu befürchten, dass sich ihre soziale Lage durch einen raschen Beitritt zur Eurozone noch weiter verschlechtert, aber in der WWU werden sie ihre Probleme in diesem Bereich lösen müssen.

Ungarn nimmt hier eine mittlere Position ein, mit hoher Verschuldung, hohen Defiziten und mittleren Sozialausgaben. Da der Index für den Faktor "soziale Belastung" für Ungarn relativ gering ist, dürfte der Beitritt zur WWU zwar einen einschränkenden Faktor darstellen, aber die soziale Lage nicht gefährden.

Die Slowakei und Polen können als Risiko-Länder eingestuft werden, da die Restriktionen der öffentlichen Ausgaben im Rahmen der WWU zu ernsthaften sozialen Spannungen führen könnten. Diese Länder weisen niedrige Beschäftigungsquoten, hohe Arbeitslosenraten und eine hohe soziale Belastung auf und werden somit im Zuge des Beitritts zur WWU vor großen sozialen Herausforderungen und schwierigen politischen Entscheidungen stehen.

Auf der anderen Seite sind öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildungs- und Gesundheitswesen, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur und Umweltschutz von entscheidender Bedeutung für die künftige Entwicklung all dieser Länder. Zudem sind sie im Rahmen der Übernahme des *acquis* zu erheblichen Investitionen verpflichtet (z.B. in den Bereichen Infrastruktur und Umweltschutz). Es ist zu bedenken, dass die Geldtransfers aus den Regional- und Kohäsionsfonds der EU zwar helfen werden, diese Ziele zu erreichen, aber netto wird sich dies negativ auf die Haushaltslage auswirken. Während die nationalen Beiträge (die Vorbedingung für EU-Transfers) jeweils aus dem zentralen Haushalt gezahlt werden, fließen die Zuschüsse direkt in die Wirtschaft (z.B. landwirtschaftliche Erzeuger) oder in Investitionen.

Diese Investitionen sind dringend notwendig, damit die betroffenen Länder den Übergang vom “Niedriglohn-Subunternehmer”-Status zur wissensbasierten Gesellschaft bewältigen. Paradoxe Weise könnten die Maßnahmen einiger neuer Mitgliedstaaten, um von dem Niedriglohnprofil wegzukommen und die Entwicklung einer “wissensbasierten Gesellschaft” zu fördern, durch eine strikte und kurzfristige Anwendung der SWP-Kriterien unter Druck geraten.

3 Unterschiedliche Ansätze in der Währungspolitik

Grundsätzlich wird angenommen, dass offene Volkswirtschaften, die enge Handelsbeziehungen mit der EU unterhalten, von festen Wechselkursen profitieren, da die Transaktionskosten im internationalen Handel sinken. Dadurch, dass Kosten im Zusammenhang mit Fremdwährungsrisiken ausgeschlossen werden, soll mehr Arbeitsteilung im erweiterten Euro-Gebiet zu mehr Wohlfahrt führen. Frankel und Rose (2002) vertreten die These, dass mit der Mitgliedschaft in der Währungsunion bedeutende Vorteile verbunden sind; es sei davon auszugehen, dass sich der Handel mit den anderen Mitgliedsländern verdreifache und somit das reale Wachstum und Wohlfahrtsgewinne stärke. Auch Experten des IWF haben auf die handelsfördernde Wirkung der Währungsunion und die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen hingewiesen.

3.1 Die Theorie des 'optimalen Währungsraums'

Der WWU-Beitritt der MOEL ist im Rahmen der Theorie des optimalen Währungsraums, wie er von Mundell (1961) und McKinnon (1963) beschrieben wurde, ausführlich diskutiert worden. Bei den Hauptkriterien, die im Rahmen dieser Theorie angewandt werden, handelt es sich um Offenheit und asymmetrische Schocks. Nach der Theorie des optimalen Währungsraums wägen die Länder im Hinblick auf den Beitritt zu einer Währungsunion die potenziellen Vorteile der Wechselkursstabilität für den internationalen Handel gegen die Kosten ab, die mit der Aufgabe der währungspolitischen Unabhängigkeit verbunden sind.

Der prozentuale BIP-Anteil des Handels der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten mit den EU-15-Ländern ist ungefähr so hoch wie in den WWU-Mitgliedsländern, die bereits seit mehr als vier Jahren an der WWU teilnehmen. Der BIP-Anteil der Exporte in die EU liegt für die MOEL bei durchschnittlich 28,7 %, im Vergleich zu 26,8 % für die WWU-Mitgliedstaaten (2001). Die MOEL weisen eine deutlich höhere wirtschaftliche Integration mit der EU auf als die Mitgliedstaaten außerhalb der WWU – in Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich liegt dieser Anteil bei durchschnittlich 16,5 % – und erfüllen damit zweifellos die Voraussetzungen für den Beitritt zur Währungsunion (De Grauwe und Schnabl 2004).

Weitere wichtige Aspekte sind die Synchronisation der Konjunkturzyklen, Widerstandsfähigkeit gegen asymmetrische Schocks, Preis- und Lohnflexibilität und internationale Mobilität der Arbeitskräfte. Manche

dieser Kriterien sind in den aktuellen Mitgliedern der Eurozone nicht erfüllt. In Zukunft und angesichts möglicher divergenter Entwicklungen könnte dies dazu führen, dass die Aufrechterhaltung der Währungsunion mit hohen Kosten verbunden ist.

Da die wirtschaftlichen Strukturen und die Konjunkturzyklen der mittel- und osteuropäischen Länder sich von denen der EU-15-Länder unterscheiden, und davon ausgehend, dass die Mobilität der Arbeitskräfte und die Lohnflexibilität beschränkt sind, würden die MOEL vermutlich – zumindest bei Anwendung der Kriterien des optimalen Währungsraums – nicht die Voraussetzungen für den Beitritt zur WWU erfüllen. De Grauwe fügt in diesem Zusammenhang hinzu, dass der Beitritt zur WWU dennoch eine verlockende Aussicht zu bieten scheint, denn die meisten MOEL haben mit Nachdruck ihre Absicht bekundet, der WWU sobald wie möglich beizutreten (De Grauwe und Schnabl 2004).

3.2 Wechselkurssysteme in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten

Für die Übergangsländer, die mit ihren kleinen offenen Volkswirtschaften (mit Ausnahme von Polen) externen Entwicklungen stärker ausgesetzt sind, ist die Wahl des Währungssystems und der Wechselkurspolitik von entscheidender Bedeutung. Die Entwicklungen im Bereich der Wechselkurssysteme der MOEL sind in Tabelle 3 zusammengefasst.

Estland, Litauen und Bulgarien haben durch eine Currency-board-Regelung und Lettland durch eine konventionelle Währungskoppelung ihre Währungen fest an eine einzige Ankerwährung – den Euro – gebunden, andere wiederum wie die Slowakei oder Polen haben ihre freien Wechselkurse beibehalten oder flexiblere Regelungen eingeführt.

Currency-board-Regelungen haben sich als besonders effizient erwiesen, um die Inflation in einem kurzen Zeitraum zu zügeln (vor allem wenn sie die 10 %-Grenze überschreitet), unterschiedliche Wachstumsraten lassen sich jedoch nicht klar bestimmten Währungsregelungen zuordnen. Wie Raul Eamets in dem Kapitel über Estland erklärt, hängt der Erfolg von Currency-board-Regelungen in hohem Maße von der Haushaltsdisziplin ab, die in allen baltischen Staaten eingehalten wurde. Im Zusammenhang mit der Currency-board-Regelung gibt es einen zweiten entscheidenden Aspekt, nämlich bei Eintritt den richtigen Wechselkurs (mit unterbewerteten Währungen) zu wählen, der genügend Spielraum lässt, um später aufgrund inflationärer Differenzen wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Currency-board-Regelung, kombiniert mit Haushaltsdisziplin, hat dazu

Tabelle 3: Entwicklung der Wechselkursregelungen in den neuen Mitgliedstaaten

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	8	8	8	2	2	2	2	2	2	2
Estland	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Litauen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Lettland	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Malta	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Ungarn	7	5	5	5	5	5	5	4	4	4
Zypern	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Tsch. Rep.	3	3	6	7	7	7	7	7	7	7
Polen	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7
Rumänien	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Slowenien	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Slowakei	3	3	6	6	8	8	8	8	8	8

Anmerkung: 1 – Dollarisierung / Euroisierung, 2 – Currency-board-Regelung, 3 – konventionelle feste Koppelung, 4 – horizontale Bandbreiten +/- 15 %, 5 – gleitende Wechselkurse, 6 – gleitende Bandbreiten, 7 – gelenkter freier Wechselkurs (mit Wechselkursspanne), 8 – völlig freier Wechselkurs.

Quelle: DG ECFIN, Nationalbanken (Raul Eamets).

beigetragen, die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen und vor Währungsspekulation zu schützen.

Teilnahme am Wechselkursmechanismus II (WKM II)

Mehrere Experten haben auf die besonderen Risiken hingewiesen, die mit der Teilnahme am WKM II verbunden sind. Charles Wyplosz hat in seinem Artikel in der *Financial Times* (Wyplosz 2003) argumentiert, dass die WWU-Beitrittsländer bei der Teilnahme am WKM II besonders anfällig sind für spekulative Angriffe, die sie destabilisieren könnten. Aus seiner Sicht stellt der WKM II keinen geeigneten Rahmen für die fiskalische und monetäre Konvergenz der MOEL dar. Eine zweijährige Übergangszeit sei für sie nicht begründet. Betrachtet man die Wechselkursvolatilität über die letzten fünf Jahre hinweg, zeigt sich, dass die Bandbreite der Schwankungen in keinem Fall über 15 % lag.

Tabelle 4: Fiskalische und monetäre Konvergenz, geplanter Beitritt zur WWU

Land	Inflation			Haushalts- saldo**			Staats- verschuldung			WWU- Beitritt
	2004 Durch- schnitt	2004 Dez. Durch- schnitt	2005 Durch- schnitt	2003	2004	2005*	2003	2004	2005*	
Slowenien	3,6	3,3	2,9	-2,0	-2,3	-2,2	29,5	30,9	30,8	2007
Estland	3,0	4,8	2,6	3,1	0,5	0,2	5,3	4,8	4,4	2007
Litauen	1,1	2,8	2,8	-1,9	-2,6	-2,5	21,6	21,2	21,7	2007
Lettland	6,2	7,4	3,4	-1,5	-2,0	-2,8	14,4	14,6	15,4	2008
Zypern	1,9	3,9	2,1	-6,4	-5,2	-2,9	70,9	74,9	71,4	2007
Malta	2,7	1,9	2,7	-9,6	-5,2	-3,7	70,4	73,2	72,0	2008
Slowakei	7,4	5,8	4,0	-3,7	-3,8	-3,8	42,6	43,0	44,2	2009
Polen	3,6	4,4	3,2	-3,9	-5,4	-4,1	45,4	45,9	47,6	2010
Tschech. Rep.	2,6	2,5	2,8	-12,8	-5,2	-4,7	37,8	38,6	39,4	2010
Ungarn	6,8	3,6	3,3	-6,2	-5,5	-5,2	59,1	59,9	59,5	2010

Anmerkung: * Prognosen; ** ohne private Rentenfonds (andernfalls für Polen und Ungarn ca. 1 % weniger).

Quelle: Europäische Kommission, EZB, Prognosen auf der Grundlage nationaler Quellen, Europäische Kommission und Ecosoc (2005).

4 Vorteile und Risiken des Beitritts zur Eurozone

4.1 Der "etablierte" Ansatz

Die etablierten Wirtschaftswissenschaftler, darunter auch der IWF, die meisten Experten, Finanzinstitute und die Mehrheit der politischen Entscheidungsträger in den betreffenden Ländern betrachten die positiven und negativen Aspekte der WWU-Mitgliedschaft hauptsächlich unter technischen Gesichtspunkten (European Policy Centre 2004; IMF 2004).

Aus der Perspektive der WWU als Ganzes werden folgende Faktoren genannt:

Positive Faktoren

- Der geringe Anteil des BIP der neuen Mitgliedstaaten am Gesamt-BIP der Eurozone (5-6 %) müsste ihre Erweiterung erleichtern.
- In Bezug auf Stabilität und die nominalen Kriterien für wirtschaftliche Konvergenz weisen die meisten neuen Mitgliedstaaten eine solide Gesamtleistung auf.
- Der Aufholprozess, d.h. die reale wirtschaftliche Konvergenz, ist bereits gut auf den Weg gebracht.

Negative Faktoren

- In einigen der neuen Mitgliedstaaten bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, um die Konvergenz-Kriterien von Maastricht zu erfüllen, vor allem um die Inflation und das öffentliche Defizit zu verringern (was in einigen Ländern zu politischen Schwierigkeiten führen könnte).
- Manche Länder verzeichnen immer noch sehr hohe Arbeitslosenquoten.
- Als „Kehrseite“ hoher ausländischer Direktinvestitionen weisen viele von ihnen riesige Leistungsbilanzdefizite auf, insbesondere die baltischen Staaten, Ungarn und die Tschechische Republik.

Aus der Sicht der WWU-Beitrittskandidaten werden meist folgende Argumente angeführt:

Positive Auswirkungen

Es wird damit gerechnet, dass der Beitritt zur WWU zu höheren Wachstumsraten führt und somit die reale Konvergenz des BIP mit dem EU-Durchschnitt stärkt. Schätzungen gehen von einer zeitweiligen Senkung der Wachstumsraten von 0,3 bis 0,8 Prozentpunkten aus, auf die in den kommenden Jahren eine Steigerung von 0,2 bis 0,4 Prozentpunkten folgen dürfte (European Policy Centre 2004). Laut IWF (IWF 2004) könnte das BIP in den meisten mitteleuropäischen Ländern mit der Einführung des Euro um weitere 20-25 Prozent steigen. Dies wäre das Ergebnis folgender Faktoren:

- Geringere Zinsraten, die zu höheren Investitionen und geringeren Kosten für den öffentlichen Schuldendienst führen.
- Beseitigung von Wechselkursrisiken und geringere Transaktionskosten im Außenhandel (Oblath 2003).
- Bessere Rahmenbedingungen für ausländisches Direktinvestitionskapital aufgrund einer höheren Glaubwürdigkeit.
- Mögliche Impulse für strukturelle Reformen durch die disziplinierende Wirkung der Teilnahme am WKM II auf die Innenpolitik.
- Höhere makroökonomische Stabilität und weitere Konvergenz der Konjunkturzyklen.
- Die mit der Teilnahme an der WWU verbundene Möglichkeit, die Geldpolitik der EZB stärker beeinflussen zu können, als es sonst angesichts des relativen wirtschaftlichen Gewichts dieser Länder möglich wäre.

4.2 Ein kritischer Ansatz

Ausgehend von den Länderberichten in der vollständigen Fassung dieser Publikation und von den makroökonomischen Erwägungen über Transformationswirtschaften ließen sich folgende Argumente anführen:

Wie bereits erwähnt, muss jegliche strikte Anwendung der SWP-Kriterien auf die neuen Mitgliedstaaten angesichts der Tatsache, dass ihr makroökonomisches Profil sich von den EU-15-Ländern unterscheidet, in Frage gestellt werden. Es ist weithin bekannt, dass die SWP-Kriterien in ihrer gegenwärtigen Form auch innerhalb der WWU scharf kritisiert worden sind, und die Leistungen der WWU-Mitgliedsländer, vor allem Deutschlands und Frankreichs, sind im Gegensatz zum Vereinigten

Königreich und einigen nordischen Ländern, die nicht an der WWU teilnehmen, auch nicht gerade ermutigend.

Der Balassa-Samuelson-Effekt, der sich aus einer hohen und ungleichmäßigen Produktivitätssteigerung ergibt, führt zu einer höheren Gleichgewichtsinflationsrate (bei konstantem Wechselkurs) als in den WWU-Mitgliedsländern und im Einklang mit den Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Allerdings kann eine höhere Inflationsrate auch durch andere Faktoren verursacht werden. Tatsächlich werden in den Diskussionen über dieses Thema häufig zwei Faktoren vernachlässigt.

1. Die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten weisen aus historischen Gründen nach wie vor andere Preis- und Kostenstrukturen auf (zum Beispiel regulierte Preise, unterdrückter Inflationsdruck und so weiter), die sich in dem Gefälle zwischen Kaufkraftparität und Marktwechselkursen ausdrücken, das zwischen rund 1,3 in Slowenien und 3 in einigen der baltischen Staaten und Bulgarien schwankt und im Mittel bei rund 2 liegt. Wenn man diesen Ländern die "Zwangsjacke" der WWU anlegt, werden sich das Gefälle und seine Verzerrungen wahrscheinlich festigen.
2. Zwischen Lohn- und Produktivitätsniveau herrscht kein Gleichgewicht (siehe oben). Gemessen am Lohn-/Produktivitätsverhältnis der EU-15-Länder liegt das aktuelle Lohnniveau in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten weit unter ihrem Produktivitätsniveau, was auf historische Gründe und die Art der Transformation ihrer Volkswirtschaften zurückzuführen ist. Das bedeutet, dass es in diesen Volkswirtschaften eine "Produktivitätsreserve" gibt, die theoretisch gesehen Lohnerhöhungen über das Produktivitätswachstum hinaus ermöglichen, wie dies in Ungarn in den letzten drei Jahren zu beobachten war. Durch die Anwendung des SWP-Inflationskriteriums in diesen Ländern gerät die Konvergenz im Bereich der Lohnentwicklung unter Druck.

Dennoch haben sich die meisten neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten als Ziel gesetzt, ihr Profil als Niedriglohnländer aufzugeben und die Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft zu fördern. Wenn niedrige Inflationsraten erzwungen werden, um den SWP-Referenzwert einzuhalten, könnte dies die Produktivitätsentwicklung, das Wachstum und die reale Konvergenz behindern.

Aber auch im Zusammenhang mit den fiskalischen Kriterien ergeben sich Probleme.

Ziel der SWP-Kriterien war es, tragfähige öffentliche Finanzen sicherzustellen, und zwar durch die Einhaltung eines angemessenen Staatsschuld/BIP-Verhältnisses. Die starren SWP-Kriterien, darunter auch die Begrenzung des öffentlichen Defizits auf 3 % des BIP, waren auf die Wachstumsraten der aktuellen WWU-Mitgliedsländer und auf die Staatsverschuldung der am höchsten verschuldeten Länder wie Belgien und Italien zugeschnitten. WWU-Beitrittskandidaten mit einer Staatsverschuldung von weit unter 60 % und nominalen Wachstumsraten von beinahe 10 % könnten durchaus ein jährliches Defizit von 4-4,5 % beibehalten, ohne ihre Staatsschuld zu erhöhen (Surányi 2005).

Angesichts der Tatsache, dass sich die "Zwangsjacke" der SWP-Regeln in ihrer derzeitigen Form nicht für die besonderen Merkmale dieser Länder eignet, könnten Wachstum, Beschäftigung und reale Konvergenz tatsächlich in Gefahr sein.

Außerdem lassen sich Argumente im Zusammenhang mit den sozialen Risiken und dem Bedarf an öffentlichen Investitionen anführen, die oben bereits angesprochen wurden. Die meisten Transformationsländer haben ein "soziales Defizit" und benötigen dringend gezielte öffentliche Investitionen.

Die Grundsätze des Europäischen Sozialmodells und der Lissabon-Agenda sind hier bezeichnend. Es ist ebenfalls zu bedenken, dass es einen klaren Widerspruch zwischen den Zielen der Lissabon-Agenda und der Anwendung der derzeitigen SWP-Kriterien auf die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten gibt. Aber auch die Beziehung zwischen den SWP-Kriterien und den Prinzipien des europäischen Sozialmodells ließe sich durchaus als "zweideutig" bezeichnen.

Wenn man die Grundsätze des europäischen Sozialmodell betrachtet, wird deutlich, dass die Ziele miteinander in Konflikt stehen. Auf der einen Seite wachsen die Bedenken der EU-15-Länder über das, was sie 'soziales Dumping' aus dem Osten nennen, andererseits erlegt die starre Anwendung der SWP-Kriterien den mittel- und osteuropäischen Ländern Zwänge auf, die dazu beitragen, verzerrte Preis- und Kostenstrukturen und Disproportionalitäten zwischen Lohn- und Produktivitätsniveau zu erhalten.

Ein weiterer Widerspruch ergibt sich durch die unterschiedlichen Stufen der EU-Integration. Wenn die neuen Mitgliedstaaten der WWU beitreten und eine der Grundfreiheiten der EU – die Freizügigkeit der Arbeitnehmer – noch nicht in Anspruch nehmen können, entsteht eine absurde Situation. Diese Asymmetrie wird dadurch verschärft, dass die Mitgliedstaaten mit weniger Freiheit im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik mehr Mobilität

und Flexibilität in anderen Bereichen benötigen, um eventuelle Schocks zu absorbieren. Aus diesem Grund wird den neuen Mitgliedstaaten im ECO-SOC-Arbeitsdokument empfohlen, der WWU erst nach Ablauf der Übergangsperiode für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer beizutreten (ECO-SOC 2005).

Demnach scheint es bei der Frage des WWU-Beitritts und seines Zeitpunktes im Kern weniger darum zu gehen, ob die Länder in der Lage sind, die SWP-Kriterien zu bewältigen (wie von fast allen Seiten behauptet wird), sondern um sein logisches Grundprinzip und um seine Folgen. Natürlich sollte die zeitliche Planung des Prozesses rationalen Kriterien verpflichtet sein. Aus politischer Sicht stellt sich hauptsächlich die Frage, wie die Agenda des WWU-Beitritts mit den nationalen Prioritäten der neuen Mitgliedstaaten in Einklang gebracht werden kann.

4.3 Mangelnder sozialer Dialog

Wie der optimale Ablauf des WWU-Beitritts aussieht, hängt in hohem Maße von den spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Länder und von ihren nationalen Prioritäten ab. Bedauerlicherweise haben in den meisten betroffenen Ländern keine öffentlichen Debatten und kein sozialer Dialog zu diesem Thema stattgefunden. Weder die breite Öffentlichkeit noch die Sozialpartner sind sich der Risiken bewusst, da man sie nicht genügend informiert hat.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hat in einer vergleichenden Studie (EIRO 2004) untersucht, wie 'Sozialpakete' zwischen Regierungen und Sozialpartnern auf nationaler Ebene den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern dabei helfen können, den Weg für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu ebnen. Tripartite Institutionen auf nationaler Ebene könnten für die erfolgreiche Koordinierung einer solchen makroökonomischen Frage nützlich sein. Dieser Studie zufolge stellt sich in den neuen Mitgliedstaaten und Kandidatenländern eine grundlegende Frage: Inwieweit sind die bestehenden Institutionen auf nationaler Ebene gerüstet, um die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die sich aus der Erfüllung der Maastricht-Kriterien ergeben, zu bewältigen und eine aktive Rolle bei der Entwicklung der Agenda für den Beitritt zur WWU zu spielen?

Wie aus den Länderberichten der vollständigen Publikation hervorgeht, sind die Sozialpartner (mit wenigen Ausnahmen) nicht an den Erörterungen über die Agenda für den Beitritt zur Eurozone oder an der

Erstellung der nationalen Währungs- und Konvergenzpläne beteiligt worden.

Eine Ausnahme bildet Slowenien, wo die Sozialpartner von Anfang an einbezogen wurden und ein Sozialpakt abgeschlossen wurde. In der Tschechischen Republik hat insofern ein gewisser sozialer Dialog stattgefunden, als die Gewerkschaften dazu beigetragen haben, die erste Fassung des WWU-Beitrittsplans, der einen raschen Beitritt vorsah, zu verwerfen. Der Tschechisch-Mährische Gewerkschaftsbund (CMKOS) hat eine eigene Risikobewertung der zu erwartenden sozialen Auswirkungen des WWU-Beitritts vorgenommen. In den anderen Ländern hat der soziale Dialog kaum mehr als eine formale oder marginale Rolle gespielt.

Es mutet paradox an, dass man die Sozialpartner in den meisten Ländern bei der Aufstellung der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung und ihren ehrgeizigen beschäftigungspolitischen Zielen einbezogen hatte. Niemand war sich der potenziellen Widersprüche zwischen diesen politischen Zielsetzungen und den Konsequenzen eines raschen Beitritts zur Eurozone wirklich bewusst.

Noch eigenartiger ist, dass die Europäische Kommission in ihren Fortschrittsberichten auf die – damaligen – Kandidatenländer Druck ausübte, den sozialen Dialog zu stärken, und sie im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie dazu drängte, die Sozialpartner bei der Erstellung der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung zu beteiligen. Dieser Druck hat gewirkt, denn in Bezug auf den sozialen Dialog sind – zumindest im Kontext der NAP für Beschäftigung – Jahr um Jahr Fortschritte erzielt worden. Bei den Konvergenzplänen im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik, die die Agenda für den Beitritt zur Eurozone festlegen, ist dies weit weniger der Fall.

4.4 Länderspezifische Merkmale

Wir haben bereits zu Beginn darauf hingewiesen: die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten können nicht als homogene Gruppe behandelt werden. Die Länder lassen sich zwei großen Gruppen zuordnen: (i) die baltischen Staaten mit ihren Currency-board-Regelungen (bzw. mit fester Währungskoppelung) und (ii) die übrigen Länder.

Für die baltischen Staaten würde es keine Vorteile bringen, der WWU nicht beizutreten oder sich für eine längere Übergangsperiode zu entscheiden, da ihre Unabhängigkeit in Fragen der Geldpolitik durch die Currency-board-Regelung bereits eingeschränkt ist. Ihre Philosophie (wie sie im Bericht

über Estland beschrieben wird) ging davon aus, dass die Rigiditäten im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik durch Flexibilität im sozialen und Arbeitsbereich ausgeglichen werden mussten. Wie aus den entsprechenden Länderberichten hervorgeht, war eine straffe Fiskalpolitik die Voraussetzung, damit die Currency-board-Regelung funktionierte. Für diese Länder war es eine logische Entscheidung, den Euro sobald wie möglich einzuführen. Das schließt aber nicht aus, dass die Unausgeglichenheiten, die im Kontext der anderen Länder in Erscheinung treten, sich nicht auch auf diese Länder auswirken können. Beschränkungen der Sozialausgaben und öffentlichen Investitionen z.B. durch Inflationsraten, die unter dem potenziell tragfähigen Niveau liegen, spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Rolle. Hinzu kommt, dass diese Länder die niedrigste Verschuldung und das höchste Wachstum verzeichnen, was bedeutet, dass potenziell höhere Defizitquoten die grundlegenden Stabilitätskriterien für eine tragfähige öffentliche Verschuldung nicht gefährden würden.

Dennoch bieten ihre politischen Optionen keine echte Alternative für das Szenario des "schnellstmöglichen" Beitritts zur Eurozone. Es herrscht im Übrigen weitgehend Einigkeit über die beschleunigte Einführung des Euro. Dass die Sozialpartner nicht an den politischen Debatten und an der Gestaltung der makroökonomischen Politik beteiligt waren, ist ein anderes Thema. Im Fall der baltischen Staaten hat dies insofern eine weniger wichtige Rolle gespielt, als ihr Handlungsspielraum und ihre politischen Optionen wesentlich begrenzter waren als in allen anderen Ländern.

Dennoch müssen die baltischen Staaten ihre derzeit geringen Sozialausgaben erhöhen, wenn sie sich den Grundsätzen des Europäischen Sozialmodells annähern wollen. Und wenn sie sich von ihrem Status als Niedriglohnwirtschaften entfernen möchten, würde eine etwas höhere Inflationsrate ihnen mehr Handlungsspielraum geben.

Slowenien ist ein besonderer Fall: Dieses Land hat eine abwägende Vorgehensweise gewählt und einen Sozialpakt abgeschlossen, der die rasche Einführung des Euro unterstützt. Slowenien gilt unter den WWU-Beitrittskandidaten als Vorzeigeland, wobei zu bedenken ist, dass es wirtschaftlich weiter entwickelt war und eine bessere Ausgangsposition hatte als die anderen Länder. Dennoch sollte die slowenische Vorgehensweise mit einem breit angelegten sozialen Dialog den anderen als Beispiel dienen. Slowenien ist im Übrigen wahrscheinlich das einzige Land, das den beschleunigten Beitritt zur WWU ohne erhebliche Nebenwirkungen auf Wachstum, Beschäftigung und künftige Konvergenzperspektiven bewältigen kann.

Für die übrigen neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten stellt sich die Situation komplizierter dar. Besonders problematisch sind die vier

Visegrad-Staaten, die rund 85 % des BIP der aktuellen WWU-Beitrittskandidaten ausmachen.

Aus den Berichten geht hervor, dass in diesen Ländern unterschiedliche Praktiken angewandt werden. Für alle gilt jedoch, dass die Öffentlichkeit äußerst schlecht über diese Fragen informiert ist. Der Bevölkerung einschließlich der Sozialpartner ist kaum bewusst, dass der Beitritt zur Eurozone nicht nur eine technische Frage ist, sondern sich auch direkt auf ihre Entwicklungsaussichten und ihren Lebensstandard auswirken wird. Sie darüber zu informieren ist Aufgabe aller politischen Akteure und der Medien. Es hat keine systematische Debatte über die politischen Optionen, die Alternativen oder die Konsequenzen stattgefunden. Zwar wurden einige Dokumente und Strategiepapiere verteilt – von nationalen Entwicklungsstrategien über Aktionspläne für Beschäftigung bis hin zu Konvergenzplänen im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik – aber eine Debatte über den Zusammenhang zwischen diesen politischen Optionen stand nicht auf der Tagesordnung.

Vor diesem Hintergrund verfolgen die Länder unterschiedliche Strategien, aber werden ironischerweise womöglich im selben Jahr – wahrscheinlich 2010 – der Eurozone beitreten. Der Aufruf des polnischen Finanzministers an seine Kollegen der vier Visegrad-Staaten, den WWU-Beitritt zu koordinieren und als Ziel 2010 anzupeilen, wurde im Übrigen vom slowakischen Finanzminister glatt abgelehnt: “Wir werden nicht auf die anderen warten” (in *Népszabadság* 2005).

Von allen diesen Ländern zeigt die Tschechische Republik die systematischste Vorgehensweise. Hier wurde ein partieller sozialer Dialog durchgeführt, in dessen Rahmen die gewerkschaftlichen Standpunkte die politischen Entscheidungsträger veranlasst haben, von ihrem ursprünglichen Plan eines schnellstmöglichen Beitritts zur WWU abzusehen. Angesichts ihrer geringen “sozialen Belastung” scheint die Tschechische Republik mit ihrem gegenwärtigen Fahrplan für den Beitritt zur Eurozone den realistischsten und tragfähigsten Ansatz in der Gruppe der vier Visegrad-Staaten zu haben.

In Ungarn haben die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanzministerium und Nationalbank zu unnötigen Spannungen in Bezug auf die monetäre und fiskalische Konvergenz mit der WWU geführt. Statt eine gezielte Strategie auf der Grundlage der landesspezifischen Merkmale und der nationalen Prioritäten aufzustellen, wurden unrealistische Zusagen gemacht und anschließend korrigiert, die die Glaubwürdigkeit der Fiskalpolitik und der Geldpolitik untergraben und zu einem Vertrauensverlust bei den (meist kurzfristigen) Investoren geführt haben. Die aktuelle Regierung hat das Ziel, ein ausgewogenes Sozialwesen herzustellen, zur

ersten Priorität erklärt, während der staatlichen Haushaltssanierung eine zweitrangige Priorität eingeräumt wird. Aber bislang wurde weder eine offene Debatte geführt noch eine klare Strategie aufgestellt.

Polen, mit seiner chronisch hohen Arbeitslosigkeit und mit seinen sozialen Spannungen – Polen hat von allen MOEL die höchste “soziale Belastung” – muss im Rahmen seiner Strategie für den WWU-Beitritt schwierige politische Entscheidungen treffen. Die anfänglich große Begeisterung für den Euro ist einem vorsichtigeren Ansatz gewichen. Aus dem polnischen Bericht geht hervor, dass der Strategie “Der Euro so schnell wie möglich” der Standpunkt “Der Euro zur rechten Zeit” entgegen gesetzt wird. Unklar ist jedoch, wie die verschiedenen Positionen der politischen Akteure im Rahmen einer kohärenten nationalen Strategie miteinander vereinbart werden.

Die Slowakei, als Vorreiterin liberaler Wirtschaftsreformen im Rahmen ihrer “Nachzügler-Aufholstrategie”, hat bei den Indikatoren für öffentliche Finanzen und makroökonomische Leistung spektakuläre Fortschritte erzielt. Dadurch stellt die Slowakei in der Visegrad-Gruppe das Land mit den besten Aussichten dar, als erstes Land und bis 2009 der WWU beizutreten. Wenn man bedenkt, dass die Slowakei in den letzten Jahren einen extrem hohen sozialen Preis bezahlt hat und eine generell hohe “soziale Belastung” aufweist – und angesichts der bevorstehenden Wahlen – bleibt jedoch offen, ob sich diese Strategie als zukunftsfähig erweisen wird.

Für all diese Länder wäre es von großem Nutzen gewesen, wenn geklärt worden wäre, wie sich die Einführung des Euro auf ihre mittel- und langfristigen Entwicklungsstrategien auswirkt, zu der auch die Prioritäten ihrer Nationalen Entwicklungspläne gehören.

Bibliographie

- Balassa, Béla (1964) The purchasing power parity doctrine: a reappraisal. *Journal of Political Economy* 6, 584-66.
- Buiter, W.H., und C. Grafe (2002) Anchor, float or abandon ship: exchange rate regime for the accession countries, präsentiert bei der Konferenz 'Alternative exchange rate regimes in the globalized world', 11. Juni 2002, Tallinn, Estland.
- Doyle, P., L. Kuijs und G. Jiang (2001) Real convergence with EU income levels: Central Europe from 1990 to the long term, IMF Working Paper WP/01/146, IMF (September).
- ECOSOC (2005) European Monetary Union enlargement, Arbeitsdokument, Berichterstatte: Herr Pálenik, Brüssel.
- EIRO (2004) National-level tripartism and EMU in the new EU Member States and candidate countries, <http://www.eiro.eurofound.eu.int>.
- Egert, B. (2002) Estimating the impact of the Balassa-Samuelson effect on inflation and the real exchange rate during the transition, *Economic Systems* 26, 1-16.
- EZB (1999) Monthly Bulletin (Mai).
- Jeffrey, F., und A. Rose (2002) An estimate of the effect of common currencies on trade and income, *Quarterly Journal of Economics* 117, 437-66.
- Galgóczi, B., C. Lafoucriere und L. Magnusson (2004) *The enlargement of Social Europe – the role of the social partners in the European Employment Strategy*, ETUI: Brüssel.
- de Grauwe, P., und G. Schnabl (2004) Nominal versus real convergence with respect to EMU accession. How to cope with the Balassa-Samuelson dilemma, Working Paper, KU Leuven.
- de Grauwe, P., und F. Mongelli (2005) Endogenities of optimum currency areas: what brings countries sharing a single currency together? EZB Working Paper 468 (April).
- Gros, D., T. Meyer und A. Ubide (2004) The nine lives of the Stability Pact, Bericht der CEPS – Macroeconomic Policy Group (Februar).
- IMF (2004) *Adopting the euro in Central Europe – challenges of the next step in European integration*.
- Inotai, A. (1999) Benefits and costs of EU enlargement for present members, first-round candidates and other associated countries, Artikel präsentiert bei der Jährlichen Weltbankkonferenz über Entwicklungsökonomie, Europa, Paris, 21-23 Juni 1999.
- Keune, M., und M. Rhodes (2006) EMU and welfare states in East Central Europe, in K. Dyson (Hrsg.) *Enlarging the euro-zone: the euro and the transformation of East Central Europe*, Oxford: Oxford University Press.
- Köhler, H. (2004) The euro – towards adopting the common currency in Central Europe, keynote address at the conference 'Euro adoption in the accession countries – opportunities and challenges', Internationaler Währungsfonds, Prag, 2. Februar 2004.

- McKinnon, D.I. (1963) Optimum currency areas, *American Economic Review* (September), 717-725.
- Mundell, R.A. (1961) A theory of optimum currency areas, *American Economic Review* 51, Nr. 4 (September), 657-65.
- Napi (2004) Interview mit Zsigmond Járai, *Napi Gazdaság* [ungarische Wirtschaftszeitung], 28. October 2004.
- Népszabadság (2005) Interview mit Peter Papánek, *Népszabadság* [ungarische Tageszeitung], 22. Februar 2005.
- Oblath, Gábor (2003) Inside the EMU is safer, *Figyelő* [ungarische Wochenzeitschrift], 17. Juli 2003.
- Orbán, G., und G. Szapáry (2004) The Stability and Growth Pact from the perspective of the new member states, Ungarische Nationalbank, Working Paper 2004/4.
- Samuelson, Paul (1964) Theoretical notes on trade problems, *Review of Economics and Statistics* 64, 145-54.
- Surányi, G. (2005) The euro framework must be reformed, *The Banker* (März), London.
- Szapáry, G. (2004) Challenges on the road to the euro: the role of ERM II, Ungarische Nationalbank, Working Paper, Budapest.
- Thygesen, N. (2002) The Stability and Growth Pact: any need for a revision? Europäisches Parlament, Mitteilung an den Ausschuss für Wirtschaft und Währung, (November).
- Weltbank (2004) EU-8 Quarterly Economic Report (Juli).
- Wyplosz, C. (2003) Do not impose a currency crisis on Europe, *Financial Times* (15 Juni).
- Vereinte Nationen (2001) Economic transformation and real exchange rates in the 2000s: the Balassa-Samuelson connection, *Economic Survey of Europe* 1.

